

„Hauptschule bis 2013 abschaffen“

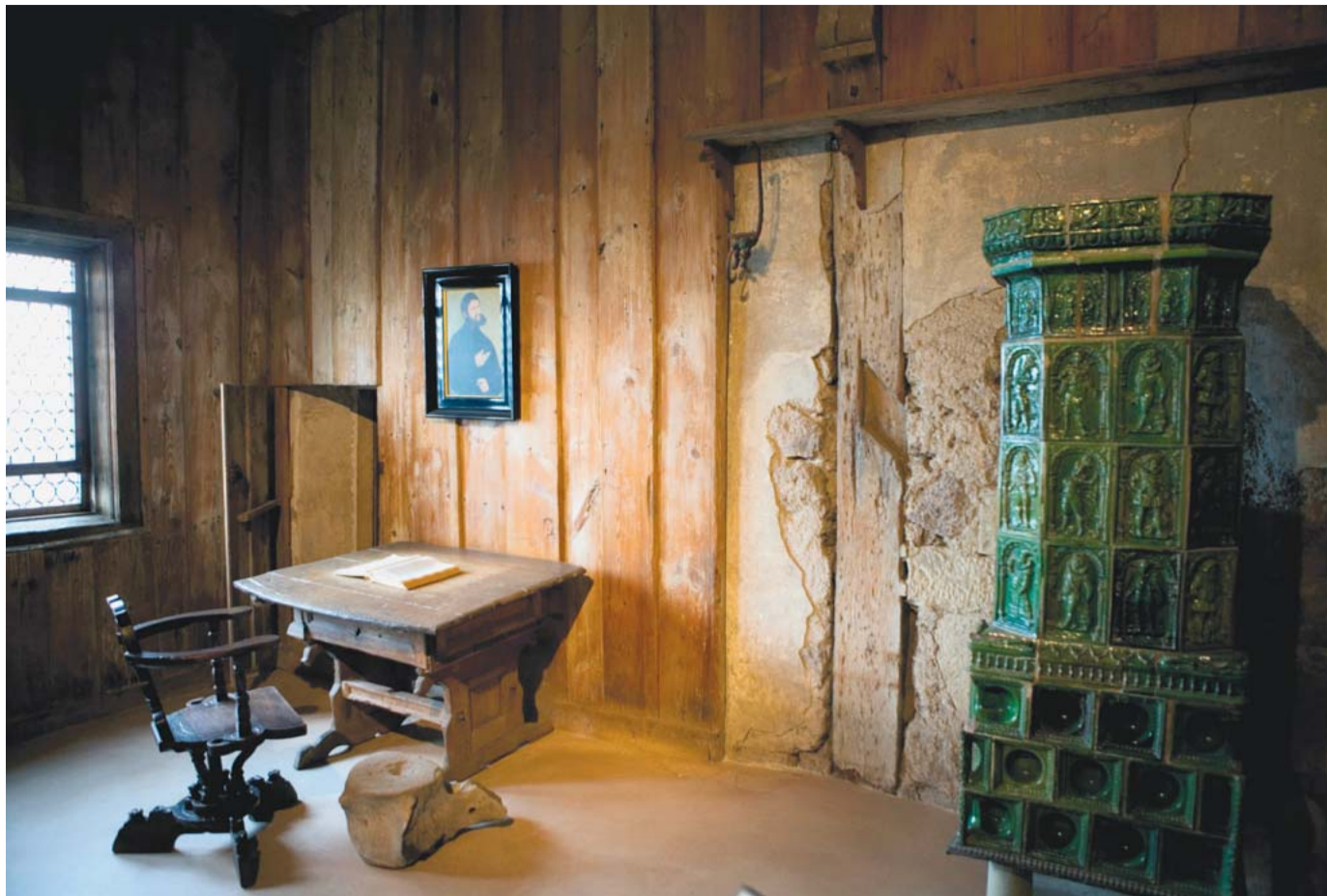
Rheinland-Pfalz will eine „Realschule Plus“ einrichten

holl. MAINZ, 30. Oktober. Das Land Rheinland-Pfalz wird seine 182 Hauptschulen schrittweise bis zum Schuljahr 2013/14 abschaffen. Vom Schuljahr 2008/2009 an soll es neben dem Gymnasium und der Integrierten Gesamtschule, die zur Hochschulreife führen, nur noch die neue „Realschule Plus“ geben, in der außer der mittleren Reife und der Fachhochschulreife künftig der Hauptschulabschluss angeboten wird. Das kündigte Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) am Dienstag an.

Die neue Schulstruktur sei „ein Beitrag zur Chancengleichheit“ von Kindern und biete durch ihre Durchlässigkeit zu höheren Abschlüssen „echte Aufstiegsmöglichkeiten“, sagte Frau Ahnen. Ziel sei es, die Zahl der Schulabbrecher von derzeit mehr als sieben Prozent auf null zu bringen: „Wir dürfen keinen Schüler verloren geben.“ In allen Realschulen im Land sollen nach den Plänen der SPD-Politikerin die Schüler der Klassen fünf und sechs in einer Orientierungsstufe gemeinsam unterrichtet werden. Unter dem Dach der Realschule Plus gibt es von der siebten Klasse an zwei unterschiedliche Profile: die „Kooperative Realschule“ mit einem Hauptschul- und Realschulbildungsgang. In der Form der „Regionalen Schule“ soll es in „integrativer und teilintegrativer“ Form ebenfalls Unterricht auf Haupt- und Realschulniveau geben; beide Abschlüsse sollen

auch dort angeboten werden. Zusätzlich soll an ausgewählten Kooperativen Realschulen das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ gestartet werden. „Wir wollen ein spezielles 10. Schuljahr für Schüler anbieten, die nach der 9. Klasse den Abschluss der Berufsmatura noch nicht erreicht haben.“ An beiden Realschulformen soll es nach der 12. Klasse möglich sein, die Fachhochschulreife zu erwerben, allerdings nicht an allen Standorten.

Als Gründe für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems in Rheinland-Pfalz nannte die Bildungsministerin die demographische Entwicklung, das veränderte Bildungswahlverhalten von Eltern und die schwindende Akzeptanz der Hauptschule. Während im Schuljahr 2006/2007 in Rheinland-Pfalz mehr als 90 000 Schüler ein Gymnasium und mehr als 68 000 eine Realschule besuchten, sei die Zahl der Hauptschüler in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich und stark gesunken. Waren es 1997 noch mehr als 75 000 Hauptschüler, sank die Zahl in diesem Schuljahr auf knapp 40 000. „Dieser Entwicklung wollen wir Rechnung tragen und der Hauptschule neue Perspektiven eröffnen“, sagte Frau Ahnen. Mit der neuen Schulstruktur sollen auch gezielt leistungsschwächere Schüler aus Einwandererfamilien gefördert werden. Über die genauen Mehrkosten des Systemwechsels in der Bildungspolitik könne sie aber nichts sagen.



Luthers Studierzimmer auf der Wartburg, wo er sich als „Junker Jörg“ versteckt hielt.

Foto Wolfgang Eilmes

Für eine evangelische Wirtschaftsethik

Die „Martin-Luther-Stiftung“ in Gründung plant Wettbewerb „Jugend unternimmt“

cpm. ERFURT, 30. Oktober. An Luthers Geburtstag, dem 10. November, wird in Wittenberg die „Internationale Martin-Luther-Stiftung“ als rechtsfähige selbständige Stiftung errichtet werden. Thüringens Finanzministerin Birgit Diezel (CDU) wird an diesem Tag die Stiftungsurkunde überreichen. Sitz der Stiftung wird Eisenach sein, die Geschäftsstelle der Stiftung in Erfurt beheimatet sein. Thomas Seidel, Beauftragter der evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen sowie künftiger geschäftsführender Vorstand der Stiftung, nennt drei Aufgaben der Stiftung. Sie solle national und international wirken, sie solle den mitteldeutschen Raum als das Stammland der Reformation stärken und sie solle den Dialog der Kirche mit Wirtschaft und Politik im Geiste Luthers führen und stärken.

Ermöglicht wird die Gründung durch die Stiftung von einer Million Euro durch den Frankfurter Unternehmer und Finanzanalysten Günter Weispennig. Seidel stellte den Kontakt zu Thüringens ehemaligem Ministerpräsidenten Vogel (CDU) und der heutigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Christine Lieberknecht her. Vogel wiederum, berichtet Seidel, habe Wert darauf gelegt, die evangelischen Bischöfe in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, den Kernländern der Reformation, einzubeziehen. Als Seidel im Sommer 2005 mit dem Direktor des Ernst-Abbe-Instituts für Stiftungswesen in Jena, Olaf Werner, die Planung begann, sei das Erstaunen groß gewesen, dass es eine solche Stiftung nicht schon gebe und die „Premium-Marke“ Luther in dieser Hinsicht noch nicht besetzt sei.

Seidel sieht die Notwendigkeit, den Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft zu stärken, denn im evangelischen Milieu sei die Skepsis gegenüber der „Verantwortlichkeit wirtschaftlichen Handelns“

mitunter ziemlich groß. Am Sonntag müssten Unternehmer sich in der Kirche als „Ausbeuter“ kritisieren lassen, aber am Montag darauf würden sie freundlich gebeten, für das neue Gemeindehaus oder andere Aufgaben zu spenden. Seidel verweist auf Luther, der in „starker Frömmigkeit und Entschlossenheit“ dafür eingetreten sei, sich verantwortlich

in die Welt einzumischen. Er habe Arbeit als eigenen Wert definiert und ein evangelisches Berufsethos begründet. Damit sei der Übergang vom Mittelalter in die Neuzeit befördert worden, die Grundlage eines neuen Wirtschaftens geschaffen worden.

Seidel erinnert daran, dass Luther auf die Trennung des Reiches Gottes vom Reich der Welt verwiesen habe. Damit habe er zum Handeln in der Welt aufgerufen; mit dem Verweis auf das Reich Gottes zugleich irdischen Allmachtsphantasien vorgebeugt. Das Handeln in dieser Welt sei demnach ein vorläufiges, aber notwendiges. Dies sei eine aktuelle Botschaft, obschon für zahlreiche Menschen mit der Aufklärung Gott aus dem Sinn geraten und nur noch das Weltliche geblieben sei. Luther biete das Rüstzeug für eine evangelische Wirtschaftsethik, welche die Stiftung befördern wolle.

Für das kommende Jahr plant die Stiftung, ein Lutherbrevier in Deutsch und Englisch mit Bibelauslegungen für jeden Tag herauszugeben. Die Stiftung will einen internationalen Luther-Preis für Wirtschaftsethik ausschreiben und gemeinsam mit dem Kloster Volkenroda eine Initiative namens „Jugend unternimmt“ in Anlehnung an „Jugend forscht“ begründen, um die Verantwortungsbereitschaft und -fähigkeit junger Menschen im Wirtschaftsleben zu fördern.

Dem Kuratorium der Stiftung werden – neben anderen – Thüringens Ministerpräsident Althaus (CDU), der Bostoner Religionssoziologe Peter L. Berger und der evangelische Theologe Inge Lönning, Fraktionsvorsitzender der Konservativen in Norwegen und Vizepräsident des norwegischen Parlaments, angehören. Binnen der nächsten zehn Jahre soll der Kapitalstock der Stiftung auf zehn Millionen Euro angewachsen sein.

ANZEIGE

Das neue Wochenendprogramm

Lust im Ohr

Erotik – die erotische Lesung zur Nacht

Jeden Samstag
22.30 Uhr

www.dradio.de

Deutschlandradio Kultur

Fußballvereine sollen für Polizeieinsätze bezahlen

reb. DRESDEN, 30. Oktober. Das sächsische Innenministerium will Vereine künftig an den Kosten für Polizeieinsätze bei Fußballspielen beteiligen, wenn sie Auflagen nicht einhalten. Wie ein Sprecher mitteilte, arbeite das Ministerium derzeit an einer entsprechenden Musterpolizeiverordnung, die häufig von Ausschreitungen betroffenen Kommunen im Freistaat zum Erläss empfohlen werden soll. Ein Entwurf der Verordnung sieht vor, dass die Veranstalter die „erforderlichen Maßnahmen treffen“, um während und nach dem Spiel Schäden an Personen und Sachen in und um das Stadion zu verhindern. Zudem sieht der Entwurf vor, dass Personen, die unter Alkohol- oder Rauschgifteinfluss ein Stadion betreten, eine Ordnungswidrigkeit begehen. Hintergrund der geplanten Musterpolizeiverordnung ist, dass es wie am Wochenende in Dresden – in Sachsen immer wieder zu schweren Krawallen bei Fußballspielen kommt.

Zentralrat der Juden bleibt Stiftung weiter fern

reb. DRESDEN, 30. Oktober. Der Zentralrat der Juden sieht nach wie vor keine Möglichkeit, wieder in den Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten mitzuarbeiten. Der stellvertretende Präsident des Zentralrats, Korn, sagte, in Sachsen werde ein „gedenk- und erinnerungspolitischer Sonderweg beschränkt“. Für alle Vertreter der NS-Opfer- und Betroffenenverbände, die vor fast vier Jahren die Stiftung unter Protest verlassen haben, stellt sich diese Politik als Versuch der Parallelisierung von nationalsozialistischen Verbrechen und der Unterdrückung und Verfolgung in der DDR dar. Die sächsische Wissenschaftsministerin Stange (SPD) sagte dieser Zeitung, sie bedauere die Entscheidung. Sie verwies darauf, dass erst kürzlich eine neue Satzung für die Stiftung verabschiedet worden sei. In dieser werde festgelegt, dass die grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Diktaturen nicht eingegeben werden dürften.

Razzia gegen NPD-Politiker

isk. FRANKFURT, 30. Oktober. In einer großangelegten Razzia hat das Bundeskriminalamt (BKA) am Dienstag im Auftrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt das Haus eines NPD-Bundesvorstandsmitglieds in Thüringen sowie eine weitere Liegenschaft im Harz durchsucht. Dem Mann wird vorgeworfen, CDs mit strafbaren Inhalten hergestellt und vertrieben zu haben, die in der rechtsextremen Szene „Kultstatus“ hätten. Die Tonträger seien für den deutschen Markt bestimmt, wurden jedoch im Ausland produziert, um einer Strafverfolgung zu entgehen. Die Staatsanwaltschaft kündigte an, skandinavische Länder, die als sicheres Vertriebsgebiet gälten, um Hilfe bei den Ermittlungen zu bitten. Der Verdächtige sei bereits vom Landgericht Mühlhausen wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Ein weiteres Verfahren ist in Göttingen anhängig.

Inland in Kürze

Begriff „Hassprediger“ untersagt – Das Erzbistum Köln hat dem Grünen-Politiker Volker Beck gerichtlich untersagen lassen, Kardinal Joachim Meisner als „Hassprediger“ zu bezeichnen. Eine entsprechende einstweilige Verfügung sei beim Landgericht Köln erwirkt worden, teilte ein Sprecher Meisners am Dienstag mit. Das Gericht sei der Auffassung des Erzbistums gefolgt, wonach diese Äußerung eine „Beleidigung und ein Angriff auf die Ehre des Kardinals“ sei. Bei Zuwiderhandlung drohe Beck ein Ordnungsgeld bis zu 250 000 Euro oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten. Becks Bundestagsbüro teilte mit, der Grünen-Politiker lasse die Verfügung prüfen und werde dann entscheiden, ob er dagegen rechtliche Schritte einleite. (dpa)

So viele Auswanderer wie nie – Rund 155 300 Menschen sind im vergangenen Jahr aus Deutschland ausgewandert. Dies ist die höchste Zahl seit 1954, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Dienstag mit. Mehr als die Hälfte der Ausgewanderten (56 Prozent) waren Männer. Das Durchschnittsalter lag den Angaben zufolge bei 32,2 Jahren. Beliebtestes Zielland war die Schweiz, gefolgt von den Vereinigten Staaten und Österreich. (epd)

Dokumentation über Barschel – Zwanzig Jahre nach dem Tod von Uwe Barschel, dem ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, hat der Generalstaatsanwalt des Landes, Erhard Rex, in einer Schriftenreihe seines Hauses eine Dokumentation veröffentlicht, welche die Ermittlungen, aber auch die unterschiedlichen Einschätzungen des Falles in der Justiz widerspiegeln sollen. Enthalten sind Beiträge sowohl von Rex selbst, der an einen Selbstmord Barschels glaubt, aber auch des Leitenden Oberstaatsanwalts in Lübeck, Heinrich Wille, der an Mord glaubt. Die Dokumentation ist im Internet unter www.gsta-sh.de abrufbar. (F.P.)

Trilaterale Kabinettsitzung – Erstmals haben sich die Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Mecklen-



burg-Vorpommern, Peter Harry Carstensen (CDU) und Harald Ringstorff (SPD), sowie der Erste Bürgermeister Hamburgs, Ole von Beust (CDU), zusammen mit Ministern und Senatoren der drei Länder zu einer gemeinsamen Kabinettsitzung getroffen. Unter anderem sprachen die drei Länder im mecklenburgischen Zarrentin über ein norddeutsches touristisches Informations- und Servicezentrum in Hamburg. (F.P.)

Foto dpa

Exminister Krause verurteilt – Der ehemalige Bundesverkehrsminister Günther Krause (CDU) ist am Dienstag im Revisionsprozess um den millionenschweren Zusammenbruch seiner Firma Aufbau Invest GmbH zu einer Haft von einem Jahr und zwei Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Nach Überzeugung des Landgerichts Rostock hat er sich des Betrugs, der Insolvenzverschleppung und mehrerer Bankrottdelikte schuldig gemacht. Krause hatte in den neunziger Jahren seine Firma in die Insolvenz geführt und nach Ansicht des Gerichts Mitarbeiter um ihr Gehalt betrogen. (dpa)

Ufrage unter Rektoren – Die Berufung exzellenter Professoren, die wissenschaftliche Qualität der Fakultäten und die hohe Qualität der Studierenden sind Kernanliegen der Rektoren und Präsidenten der Universitäten sowie Kunst- und Musikhochschulen in Deutschland. Dagegen messen sie finanziellen Fragen wie dem Erzielen eines ausgeglichenen Haushaltes und der Einwerbung von Drittmitteln eine nachgeordnete Bedeutung bei. Dies sind einige Ergebnisse der ersten umfassenden Befragung von Präsidenten und Rektoren der wissenschaftlichen Hochschulen und der Musik- und Kunsthochschulen in Deutschland, die die Zeitschrift „Forschung & Lehre“ in ihrer November-Ausgabe veröffentlicht. (oll.)

Frankfurter Allgemeine

Gründungs-herausgeber Erich Welter + Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH.

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Stefan Dietrich; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Jasper von Altenbockum; für „Zeitgeschehen“: Dr. Georg Paul Hefty; für „Die Gegenwart“: Horst Bacia; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Holger Appel; für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Sport: Jörg Hahn; Fußball-Koordination: Roland Zorn; für Feuilleton: Patrick Bahners; für Literatur und Literarisches Leben: Hubert Spiegel; für Rhein-Main-Zeitung: Peter Lückemeier (Region), Dr. Günter Mick (Stadt).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel (int.); Geisteswissenschaften: Dr. h.c. Henning Ritter; Immobilienmarkt: Jens Friedemann; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Management: Hans-Christoph Noack; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Motormarkt: Boris Schmidt; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Christian Geyer; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Technik und Motor: Wolfgang Peters.

Bildredaktion: Christian Pohler; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann; **Internet-Koordinations:** Dr. Holger Schmidt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher), Dr. Roland Gerschermann.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Wolf-Dietrich Auerbach; für Anzeigenproduktions: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste Nr. 67 vom 1. Januar 2007 an; für Stellenanzeigen: Preisliste „FAZ-Job.NET“ Nr. 1 vom 15. September 2006 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 35,50 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagzeitung 42,00 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 35,50 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagzeitung 39,50 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 17,00 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 17,50 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 45,00 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zusätzlich Luftpostgebühren. Erscheint werktäglich. Frankfurter Allgemeine Zeitung D2954A und D2955A.

Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausgerechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Speicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofem Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der FAZ GmbH online erwerben unter www.faz-archiv.de/syndikation. Auskunft unter syndikation@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (USPS Nr. 0208 020) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is 540,00 € per annum. K.O.P.

Speedimex U.S.A., Inc., 35 - 02 48th Avenue, Long Island City NY 11101. Periodicals postage is paid at Long Island City NY 11101 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Speedimex U.S.A., Inc., 35 - 02 48th Avenue, Long Island City, NY 11101. ISSN 01 74 - 49 09

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:

Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91- 33 44. Prospektwerbung: (069) 75 91-12 24. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (0,06 € pro Gespräch aus dem Festnetz der Deutschen Telekom, abweichende Preise aus dem Mobilfunknetz möglich) oder www.faz.net/leserportal.
Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60)

Konto-Nr. 91 393 - 604